
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6838

„Gegen Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern: Systematisch Prävention gegen Antisemitismus und Mechanismen der Konfliktbewältigung im Schulumfeld etablieren“

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 12. März 2024

Sachverständige: Dipl. Psych. (SU) Stella Shcherbatova, Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln ist eine der größten lokalen Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Als ehemaliger Sitz der Kölner Staatspolizeistelle ist es zum einen Gedenkstätte für die Opfer des NS-Regimes, zum anderen aber auch Ort einer Dauerausstellung sowie Forschungs-, Bildungs- und Dokumentationseinrichtung. Der Bereich Gegenwart erweitert die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit des NS-Dokumentationszentrums um gegenwartsbezogene Fragen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Im Jahr 2019 wurde die Fachstelle gegen Antisemitismus von der Stadt Köln mit den Kompetenzbereichen Bildung (Workshops für Schüler*innen und Multiplikator*innen in Köln), Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Köln (die Teil der RIAS-Struktur ist) und Beratung für von Antisemitismus Betroffene geschaffen.

Die Fachstelle gegen Antisemitismus/Bereich Beratung für von Antisemitismus Betroffene nimmt zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6838 unter besonderer Berücksichtigung der Perspektiven von Betroffenen wie folgt Stellung:

Seit dem Massaker der Terrororganisation Hamas an Zivilist*innen in Israel am 7. Oktober 2023 registriert auch die Fachstelle gegen Antisemitismus einen gewachsenen Antisemitismus, der sich in einem Zuwachs antisemitischer Vorfälle in Köln (Anfeindungen und Bedrohungen von Juden*Jüdinnen, israelfeindliche Graffitis, Schmierereien oder antisemitische Kommentierungen an Erinnerungsorten) sowie in einer stark gestiegenen Nachfrage an Beratungs- und Bildungsangeboten dokumentiert.

In der Praxis der Fachstelle zeigt sich, dass der Bereich Schule, wie auch der Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit, vor großen Herausforderungen steht. Insbesondere wird dies deutlich, wenn Jüdinnen*Juden von ihren Erfahrungen in diesen sozialen Kontexten berichten. Von Antisemitismus Betroffene, die sich an die Melde- und die Beratungsstelle wenden, verweisen auf dramatische Entwicklungen, was die Wahrnehmung von Gefährdungen insbesondere von Kindern im Jugendalter betrifft. In mehreren Gesprächen wurden Schulen und Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit als „no-go-Areas“ für Jüdinnen*Juden beschrieben. Punktuell wurden Betroffene in Problemkonstellationen von Pädagog*innen unterstützt und erfuhren solidarische Adressierungen; oftmals fanden sich aber ebenjene Bagatellisierungen und De-Thematisierungen, wie sie u.a. in der Studie „Antisemitismus an Schulen“ von Julia Bernstein (2020) umfänglich dargestellt wurden. Mit Negativerfahrungen

verbundene, zum Teil manifeste Sorgen und Ängste von Eltern äußern sich in der Beratungsarbeit der Fachstelle u.a. in der Frage: „Wie kann ich meinen jüngsten Sohn noch in den jüdischen Kindergarten schicken? Wie kann ich ihn überhaupt noch jüdisch erziehen? Ich will doch nicht, dass er dann später in der Schule als Jude erkannt und drangsaliert wird.“

Grundlegend vertritt die Fachstelle die Haltung, dass Bildungsarbeit eine große Bedeutung zukommt, um Antisemitismus nachhaltig und präventiv entgegenzuarbeiten. Insofern ist die prinzipielle Stoßrichtung des Antrags, mittels eines tragfähigen Gesamtkonzeptes schulische Akteur*innen in der Auseinandersetzung mit diesem komplexen Phänomen zu befähigen, grundsätzlich zu begrüßen. In diesem Zusammenhang wird es von den Mitarbeiter*innen der Fachstelle jedoch als notwendig erachtet, ein Verständnis von Bildung zu konkretisieren, das auf Lern- und damit auf Veränderungs- bzw. Entwicklungsprozesse abzielt. „Angesprochen sind damit Lehrer*innen der jeweiligen Schule, denen mit Blick auf den möglichen Erfolg entsprechender Entwicklungsprozesse eine Schlüsselrolle zukommt“ (Hößl/Stralla 2023: 224), in dem sie als sog. Change Agents agieren. Im Sinne einer strukturell nachhaltigen Schulentwicklung unter den Vorzeichen des Entwicklungsanlasses „Antisemitismus an Schulen“ ist es aus Sicht der Fachstelle sinnvoll, einzelnen – im Themenfeld kompetenten – Lehrkräften dauerhaft Funktionsrollen (Change Agents) zuzuweisen, im Rahmen derer sie Kolleg*innen und Schulleitungen Wissen über Antisemitismus und über pädagogische Reaktionsmöglichkeiten bereitstellen, als Präventionsakteur*innen agieren, Netzwerke bilden und bei antisemitischen Vorfällen als Clearingbeauftragte fungieren. Zentral ist dabei immer auch, dass solche Lehrkräfte als Vertrauenspersonen für jüdische Schüler*innen, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen adressierbar (und als solche handlungsfähig) sein sollten.

Weiterführend befürwortet die Fachstelle Ansätze einer aus der politischen Erwachsenenbildung entwickelten Ermöglichungsdidaktik, die sich daran orientiert, „Lernprozesse der Selbst- und Weltaneignung in der Auseinandersetzung mit anderen zu ermöglichen, um Wege zu finden, das Bestehende nicht nur mitzugestalten und zu reproduzieren, sondern individuell und kollektiv handelnd zu verändern“ (Eis et al. 2015: 2). Ziel ist die Fähigkeit, eigene (politische) Interessen zu erkennen und in einer demokratischen Weise zu artikulieren, also politische Mündigkeit – wie u.a. auch im vorliegenden Antrag benannt – zu erlangen.

Insofern muss die Forderung nach „präventiver Aufklärungsarbeit von den Lehrkräften“ in einen Gesamtzusammenhang gesetzt werden. So setzt die Fachstelle gegen Antisemitismus im Bereich „Bildung“ (vgl. als Überblick über Grundannahmen und Strategien: Hößl 2023) zwar ebenso auf Möglichkeiten der Wissensvermittlung, die Menschen in ihren (selbst-)reflexiven Kompetenzen stärken. Letzten Endes geht es ihr jedoch – auch vor dem Hintergrund familien-/biographischer Verstrickungen der Teilnehmenden von Bildungsangeboten – nicht allein um einen Zuwachs von Faktenwissen, sondern immer wieder auch um Haltungen: Es geht um eine Toleranz gegenüber Widersprüchen und Ambiguitäten, um universalistische Perspektiven, die

Wahrnehmung einer pluralistischen und sich seit jeher auf unterschiedlichen Ebenen durch Heterogenität auszeichnenden deutschen Migrationsgesellschaft, um eine Offenheit gegenüber neuen Impulsen, die als Bereicherung wahrgenommen werden, aber auch um eine gewisse Bereitschaft zum Aufgeben von bisher als völlig selbstverständlich Wahrgenommenem. Diese Pluralität der Migrationsgesellschaft müsste sich beispielsweise auch in den vorgeschlagenen Besuchen religiöser Stätten wie Moscheen, Synagogen oder Kirchen widerspiegeln um den Gefahren von Essentialisierungen (Wahrnehmung von vermeintlich homogenen Gruppen) und Otheringsprozessen (Wahrnehmung einer Gruppe als „fremd“) zu begegnen.

Mit theaterpädagogischen wie auch mit Begegnungsprojekten, wie beispielsweise „Meet a Jew“ des Zentralrats der Juden in Deutschland, gibt es seitens der Fachstelle gute Erfahrungen. Allerdings ist kritisch anzumerken, dass solche Projekte nicht die jüdischen Communities mit Blick auf die „Bereitstellung von Expert*innen“ überfordern dürfen. Darüber hinaus gilt es, die stets präsente Gefahr einer mangelnden „(selbst-)kritischen Auseinandersetzung mit Differenzierungen, Kategorisierungen und Zuschreibungen“ (Fischer/Holler o.J.) im Blick zu behalten und auch die Möglichkeiten weiter gefasster Bildungsstrategien mitzudenken. Neben Dialog- und Begegnungsformaten können dies nach Monique Eckmann (2012: 46ff.) solche sein, die

- antisemitische Bilder und Diskursfiguren dekonstruieren (bspw. durch die Vermittlung von Medienkompetenz im Hinblick auf Verschwörungsideologien),
- Antisemitismus als Erfahrung im sozialen Nahraum thematisieren (bspw. durch Workshops, in denen Diskriminierungserfahrungen zur Sprache kommen,
- mit Geschichten und Erinnerungen z.B. zum Antisemitismus in der NS-Zeit arbeiten (bspw. durch Spurensuche an Gebäuden, auf Straßen oder in Archiven).

Dabei können Gedenkstättenbesuche unzweifelhaft einen wichtigen Beitrag im Rahmen einer aus verschiedenen Methoden und Zugängen bestehenden Auseinandersetzung mit Antisemitismus leisten: „Ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein, das durch Multiperspektivität und grundlegende historische Kenntnisse über die Entwicklung der deutschen und europäischen Geschichte geprägt ist, trägt dazu bei, [...] Ideologien der Ungleichwertigkeit und extrem rechte Geschichtsmymen in Frage zu stellen.“ (Klare/Sturm 2012). Um nicht nur das historische Lernen zu fördern, sondern auch darüber hinaus politisches Reflektieren anzuregen, wäre der Ansatz einer lebensweltlichen Verbindung von der NS-Vergangenheit mit der Gegenwart sinnvoll. Doch existiert ein Spannungsverhältnis zwischen „dem Anspruch der historischen Erkenntnis und dem gesellschaftspolitischen Auftrag an die Gedenkstätten, als ultimative Orte des ‚Immunisieren[s]‘ gegen antidemokratische und antisemitische Dispositionen zu fungieren“ (Chernivsky/Lorenz-Sinai 2022: 37). Dieses, wie auch die eher kurzfristig angelegten pädagogischen Settings von Gedenkstättenpädagogik, erschweren „eine reflexive antisemitismuskritische Bildungsarbeit“ (ebd.). Erstrebenswert wäre daher die finanzielle wie (seitens der Schulen) zeitliche Ermöglichung längerer Bildungsformate, bei denen ein Gedenkstättenbesuch bspw. mit einem Workshop kombiniert wird.

Die Fachstelle befürwortet es mit Nachdruck, in die Ausbildung von Lehrkräften zu investieren. Denn um die für den Kampf gegen Antisemitismus so signifikanten Lernprozesse effektiv anleiten zu können, bedarf es einer entsprechenden Schulung des pädagogischen Personals. Zur Förderung einer Sensibilität von Lehrkräften gegenüber real oder potenziell von Antisemitismus betroffenen jüdischen Schüler*innen, aber auch von Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen, sollte auch in NRW der Kampf gegen Antisemitismus in der Lehrer*innenausbildung fest verankert werden. Allerdings sieht die Fachstelle gegen Antisemitismus noch Diskussionsbedarf, ob und inwieweit hierfür die Schaffung einer zentralen Bildungsstätte sinnvoll ist oder ob dies auch in der Stärkung der bestehenden Ausbildungsstätten wie den ZfSLs, ZfLs und anderen Bildungsinstitutionen einen Ausdruck finden kann.

In Bezug auf die universitäre Ausbildung angehender Lehrkräfte sollte das Land NRW im Rahmen seiner Beteiligung an den Akkreditierungs- und Reakkreditierungsprozessen der von den Universitäten und Hochschulen konzeptionierten Studiengänge nach Möglichkeit Einfluss darauf nehmen, dass die Wissensvermittlung über die Vielfalt aktueller Ausdrucks- und Erscheinungsformen von Antisemitismus (insb. auch Formen von Umwegkommunikationen; vgl. Schwarz-Friesel/Reinharz 2013: 97) Berücksichtigung findet.

In der schulpraktischen Ausbildungsphase ist es darüber hinaus von besonderer Bedeutung, dass angehende Lehrkräfte bzgl. der Frage weitergebildet werden, wie sie konkret auf antisemitische, aber auch z. B. auf rassistische oder LGBTQI*-feindliche und weitere Vorfälle im Schulalltag reagieren können. Auch im Rahmen der Ausbildung von Sozialarbeiter*innen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollte gegenüber dem Problem Antisemitismus sensibilisiert werden. Hierbei können Erfahrungen aus Vorhaben wie dem von der Universität zur Köln und der Technischen Hochschule Köln geplanten Projekt „Antisemitismus und antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Hochschulausbildung für Studierende der Lehramtsstudiengänge und der Sozialen Arbeit“ (in Kooperation mit der Fachstelle gegen Antisemitismus) genutzt werden.

Darüber hinaus sind aus Sicht der Fachstelle Überlegungen angeraten, wie sich auch die neben Schulen benannten Bildungsinstitutionen zu antisemitismussensiblen, geschützteren Räumen (weiter-)entwickeln können. Nicht zuletzt aufgrund öffentlich gewordener antisemitischer Vorfälle an deutschen Universitäten und vor dem Hintergrund von Problemanzeigen jüdischer Studierendenorganisationen bezüglich der Virulenz von Antisemitismus auch an Hochschulen darf dies nicht aus dem Blick geraten.

Literatur:

Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Weinheim.

Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike (2022): „Keine schwerwiegenden Vorfälle“ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu

ehemaligen Konzentrationslagern. In: ZRex– Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, Jg. 2, Heft1/2022, S. 22–40.

Eckmann, Monique (2012): Gegenmittel. Bildungsstrategien gegen Antisemitismus. In: Einsicht 08. Bulletin des Fritz Bauer Instituts (2012), S. 44-49.

Eis, Andreas et al. (2015): Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. Online unter: <https://sozarb.h-da.de/index.php?id=586>. Zugriff: 26.02.2024.

Fischer, Ruth/Holler, Malte (o.J.): Anerkennung durch Kennenlernen? Begegnungsansätze. Online unter: www.anders-denken.info/informieren/begegnungsansätze-0. Zugriff: 26.02.2024.

Hößl, Stefan E. (2023): Politische Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus. In: Baader, Meike Sophia/Freytag, Tatjana/Kempa, Karolina (Hrsg.): Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, S. 279-292.

Hößl, Stefan E./Stralla, Michael (2023): Lehrpersonen als Change Agents gegen Antisemitismus an Schulen – Konzeptionelle Überlegungen und Impulse aus Perspektive der Schulentwicklungsforschung. In: Hinz, Andreas/Jahr, David/Kruschel, Robert (Hrsg.): Inklusive Bildung und Rechtspopulismus, Weinheim Basel, S. 221-234.

Klare, Heiko/Sturm, Michael (2012): Gedenkstätten und Erinnerungsorte: Lernen aus der Geschichte als Prävention von Rechtsextremismus? Online unter: lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/10208. Zugriff: 26.02.2024

Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston.